September 2017

Liberal

LDP
Liberal.
Demokratisch.
Pointiert!

Sommer Allerlei

von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Liebe Mitglieder der LDP
Liebe Sympathisantinnen
und Sympathisanten der LDP

Als Grossrätin freue ich mich jeweils auf die Bündelitags-Sitzung des Grossen Rates, nicht wegen der Traktanden, nein, weil dann Politik-Pause ist bis Mitte September.
Das bedeutet nicht, dass die Politik dann in einer Art Tiefschlafphase wäre. Die Sensoren müssen immer aktiviert bleiben, zum Agieren oder Reagieren. Findige Kommunikationsberater haben schon vor Jahrzehnten geraten, im Juli und August politische Themen zu lancieren, weil die Medien dann froh sind, über etwas berichten zu können.

Abstruses und Sauglattismus

In dieser Zeitspanne können auch abstruse Ideen den Weg an die Öffentlichkeit finden; erinnern Sie sich an den SP-Vorstoss für einen Hundepark auf dem Marktplatz? Fast so bunt ging es auch in diesem Sommer zu und her: Da wurde von CVP-, GLP- und SP-Exponenten die Idee aufgewärmt, eine Schwebebahn über Basel zu errichten. Wie wenn der teure Sauglattismus von der Pfalz ins Kleinbasel vor 25 Jahren nicht schon gereicht hätte. Die SP griff ein Thema auf, das ernst genommen werden muss, aber nicht Gegenstand er Kantonalpolitik ist, die Aufnahme von bedrohten Jesidinnen. Die Regierungspräsidentin macht mit ihrer Wahl des künftigen Stadtentwicklers aus Liestal Schlagzeilen, weil er ein Partei-Gspänli ist (dazu dürfen wir festhalten, dass weder Peter Facklam, noch Ueli Vischer oder Christoph Eymann bei einer Anstellung auf deren Parteizugehörigkeit geachtet haben).

LDP setzt Prioritäten

Die LDP kümmert sich um Themen, die für Basel, Riehen und Bettingen wichtig sind, auch im Sommer. Die geplanten längeren Rotlichtphasen des Bau- und Verkehrsdepartements haben zu viele und zu starke Nebenwirkungen für die Landgemeinden und die Berufspendler und für das Gewerbe. Deshalb wehren wir uns mit der LDP Riehen dagegen (unterschreiben Sie bitte die Petition der LDP Riehen). Neu soll auch in der St. Alban-Vorstadt derselbe Strassenbelag ohne Niveau-Unterschied zwischen Fahrbahn und Trottoir wie in der Rittergasse errichtet werden. Wer die Rittergasse als Fussgänger kennt weiss, wie gefährlich nahe einem die Strom- und Muskel – Velofahrer kommen; es braucht eine bauliche Abgrenzung.

Auf dem richtigen Weg - wir gehen weiter

Das sind Beispiele. Einzeln betrachtet vielleicht nicht spektakulär. Dennoch widmen wir uns ihnen mit Sorgfalt. Der Erfolg, den wir bei den Wahlen in den Bürgergemeinderat erzielt haben, zeigt dass wir nicht auf dem falschen Weg sind. Ohne Ihre Mitwirkung und Mithilfe in verschiedenster Art wäre es aber nicht möglich, in der lokalen Politik gehört zu werden. Dafür danke ich Ihnen herzlich!

Inhalt

Die Präsidentin: Sommer Allerlei 1
Der Fraktions-Chef: Nur noch Pfusch und Versagen? 1
Altersvorsorge 2020: NEIN zur Scheinreform 2
Revision Parkplatzverordnung: Absicht und Ausführung widersprechen sich 3
Stadtbelebung durch vernünftige Parkgebühren: Die Parkgebühren in Basel sind zu hoch! 4
Edy Frei wurde 100: Der liberale Arrangeur 5
LDP Riehen/Bettingen: Hettich - der Kandidat 6
Liberale am Dorffest Riehen 6
Jungliberale: Zusammenarbeit der JFBS und JLB 7
LDP-Veranstaltung: Besuch im Kinderspital: 8

Nur noch Pfusch und Versagen?

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates attestiert der obersten Führung der BVB und dem zuständigen Regierungsrat Hampe W. Versagen auf allen Ebenen. Ein guter Polizeikommandant muss gehen, weil in seinem Korps zu viel schiefgelaufen ist. Das neue Biozentrum steht zwar, die Sanitärfirma hat aber gepfuscht, sechs Monate Verzögerung. Die Renovationsarbeiten im Theater, bei der Elektrik, ein Trauerspiel. Die Schlussabrechnung Neubau Kunstmuseum steht bis heute aus. Die längst versprochene Museumsstrategie liegt irgendwo, nur nicht dort, wo sie sein sollte, nämlich beim Grossen Rat. In Sachen Uni und Kulturvertrag dürfen wir einmal mehr für den ach so armen Kanton Basel-Landschaft zahlen, ins Fass ohne Boden...
Wenn man das so liest, wähnt man sich in einer Bananenrepublik, Hauptstadt Seldwyla. Stimmt das, trifft dieser Eindruck auf Basel wirklich zu? Es lohnt sich, einen zweiten und differenzierten Blick auf unseren Staat und letztlich auch auf uns selbst als Politikerinnen und Politiker zu werfen.
Die Grundfrage lautet: wer hat wo welche Verantwortung und wie wird sie ausgeübt? Beim Souverän, in seiner Rolle als Stimm- und Wahlvolk, nimmt im Schnitt ein Drittel seine Verantwortung überhaupt wahr. Bei der Exekutive, da liegt die Verantwortung zwar beim Regierungsrat, aber der ist in hohem Masse von der Qualität seiner Kaderleute abhängig. Bei der Legislative, dem Grossen Rat, sind wir, die Fraktion gefragt. Wir bilden uns unsere Meinung und stimmen nach bestem Wissen und Gewissen im Rat ab. Falls wir anwesend sind. Die entschei-

Fortsetzung auf Seite 2

Altersvorsorge 2020: NEIN zur Scheinreform

Die Sanierung und Sicherung unseres Altersvorsorgesystems ist dringend notwendig, was von niemandem mehr ernsthaft bestritten wird. Die Frage, ob die jetzt vorgelegte Revision dazu geeignet ist, die Finanzierung unserer Altersvorsorge nachhaltig sicherzustellen und zu stabilisieren, muss aber mit Nein beantwortet werden. Aus dem ursprünglichen Ziel des Bundesrates, unser Vorsorgesystem zu sichern und zu sanieren, ist leider eine gefährliche Scheinreform und eine unsoziale Ausbauvorlage geworden.

von Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel

Die Gesamtvorlage ist komplex und umfasst viele Neuerungen. Wir beschränken uns hier auf die wichtigsten Aspekte:

- Die schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre.
- Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um insgesamt 0,6 Prozentpunkte in zwei Schritten.
- Die Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3 Prozentpunkte per 2021.
- Die Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren für beide Säulen.
- Die schrittweise Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6,0 Prozent in Kombination mit Kompensationsmassnahmen innerhalb der zweiten Säule.
- Die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken für Neurentner sowie die Erhöhung des Ehepaarplafonds von 150 auf 155 Prozent.
- Die Abschaffung des Freibetrags von 1400 Franken für erwerbstätige Rentner.

Die Reform kostet viel...

Bei Annahme der Vorlage haben Wirtschaft und Gesellschaft Mehrkosten von insgesamt rund 5,4 Milliarden Franken zu tragen, die sich aus den steigenden Lohnbeiträgen, der Erhöhung der Mehrwertsteuer, den Kompensationsmassnahmen in der beruflichen Vorsorge sowie aus den Mehrbeiträgen wegen der Streichung des Freibetrags ergeben. Der Bund müsste per 2030 für 700 Millionen Franken mehr aufkommen, die sich durch die Verlagerung des sogenannten Demographieprozentes sowie die Mehrkosten der Reform ergeben.

...bringt nicht das Gewünschte...

Trotz den massiven Mehrkosten für Steuerzahler, Arbeitnehmer und Arbeitgeber ändert sich an der Finanzierungslücke praktisch nichts, denn anstatt der versprochenen Sicherung unserer Altersvorsorge wurde eine Ausbauvorlage beschlossen. Allein die Anhebung der AHV-Renten für Neurentner kostet 1,4 Milliarden Franken per 2030. Mehr also, als die Erhöhung des Frauenrentenalters um ein Jahr mit 1,2 Milliarden Franken bis zum selben Zeitpunkt an Entlastung bringt.
Auch die Lohnbeitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte genügt zur Stabilisierung nicht, denn ab 2020 nimmt die Anzahl Neurentner wegen der Pensionierung der Babyboomer jährlich stark zu. Die geplanten Rentenerhöhungen erscheinen auf den ersten Blick zwar als harmlos. Wenn aber alle Neurentner 70 Franken pro Monat mehr erhalten und zudem der Ehepaarplafonds auf 155 Prozent steigt, kostet das zusätzlich mehrere hundert Millionen Franken, und sobald die geburtenstärksten Jahrgänge in Pension gehen, steigt das Umlagedefizit rasant an.
Die angebliche finanzielle Stabilisierung der AHV reicht deshalb nicht einmal bis ins Jahr 2030 aus. Vielmehr ist bereits 2027 erneut ein negatives Umlageergebnis zu erwarten, das sich mit jedem Jahr verschlechtert und schon im Jahr 2035 wieder sieben Milliarden Franken betragen wird. Wird die vorgelegte Reform angenommen, müssen deshalb ab 2025 neue Massnahmen bereitstehen, um die drohenden Lücken zu stopfen. Eine weitere Erhöhung der Lohnbeiträge, eine rasche Anpassung des Rentenalters nach oben sowie eine zusätzliche Anhebung der Mehrwertsteuer würden damit unumgänglich.

...und hat viel Negatives

- Die AHV-Erhöhung soll nur Neurentnern zukommen. Die gegenwärtigen Rentner sollen hingegen nichts erhalten. Das heisst, dass diese den Ausbau durch die Mehrwertsteuererhöhung zwar mitfinanzieren sollen, davon aber nichts erhalten. Diese unterschiedliche Behandlung schafft zwei Gruppen von Rentnern und widerspricht damit der Idee der AHV als Volksversicherung grundsätzlich.
- Wer noch erwerbstätig ist und wenig verdient, leidet unter der Reform besonders stark, denn die höheren Lohnbeiträge für die AHV und die Pensionskasse führen zu Lohnkürzungen. Zudem strapaziert die Mehrwertsteuererhöhung das Budget.
- Das an und für sich richtige Anheben des Frauenrentenalters auf 65 Jahre wird nicht zur Entlastung und Sicherung der AHV verwendet, sondern soll den unnötigen Ausbau mitfinanzieren. Zur Erinnerung: per 2030 kostet der vorgesehene Ausbau 1,4 Milliarden Franken, während die Erhöhung des Frauenrentenalters „nur“ 1,2 Milliarden bringt.
- Besonders stossend ist die Benachteiligung der Schwächsten: Die finanziell am schlechtesten gestellten Neurentner, die Ergänzungsleistungen (EL) beziehen, werden mit der Vorlage leer ausgehen oder sogar zusätzliche Belastungen in Kauf nehmen müssen. Steigt nämlich die AHV-Rente und/oder der Ehepaarplafonds, werden die EL um denselben Betrag gekürzt. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die EL steuerbefreit sind, während die AHV-Renten versteuert werden müssen.
- Die Vorlage wirkt sich aber auch sehr negativ auf die junge Bevölkerung aus. Neben der Tatsache, dass die geplante Reform ihnen höhere Lohnabzüge und eine Mehrwertsteuererhöhung bringt, werden sie besonders stark und lang von den zukünftig zwingend notwendigen Reformmassnahmen aufgrund der demographischen Entwicklung betroffen sein – ohne dass sie irgendeine Gewähr dafür haben, dass sie selber einmal von den „Segnungen“ der vorliegenden Reformpläne profitieren können.

Ablehnung als Chance

Die vorliegende Reform gaukelt Stabilisierung und Sicherung vor, löst aber keine Probleme. Im Gegenteil: Der Ausbau lässt

Fortsetzung von Seite 2

dende Arbeit passiert aber in den Kommissionen. Da meine ich, müssen wir uns noch verbessern. Vor allem beim Informationsaustausch zwischen unseren Kommissionsmitgliedern, der Fraktion und dem Parteivorstand. Das ist nicht einfach, und die gesetzlich geforderte Vertraulichkeit muss gewahrt bleiben. Aber es ist nötig, um unsere kluge, sachliche und fundierte Politik, das Markenzeichen der LDP, zur besten Wirkung zu bringen. Die GPK hat in Sachen BVB gute Arbeit geleistet, sie hat ihre Verantwortung wahrgenommen. Wenn dies nun auch noch die Regierung in allen Bereichen tut, wird aus Seldwyla wieder Basel, aus der Bananenrepublik ein vorbildlicher Kanton. In dem, Nota bene, die Allermeisten hervorragende Arbeit leisten!

Fraktionspräsident Michael Koechlin

weitere und schwerwiegendere Sanierungsmassnahmen noch dringlicher werden. Obwohl die Vorlage richtige und wichtige Aspekte beinhaltet, wie beispielsweise die Erhöhung des Frauenrentenalters, die Senkung des Mindestumwandlungssatzes oder die Flexibilisierung des Rentenalters, ist sie abzulehnen. Nur eine Ablehnung schafft die Voraussetzung dafür, dass rasch eine echte Reform an die Hand genommen werden kann. Eine Reform, die sowohl die AHV- als auch die BVG-Renten „nur“ auf dem heutigen Niveau, dafür aber nachhaltig, sichert.

Stimmen Sie deshalb am 24. September 2017 NEIN zur Scheinreform der Altersvorsorge und machen Sie mit einer Ablehnung den Weg frei für Besseres!

Revision Parkplatzverordnung: Absicht und Ausführung widersprechen sich

Die LDP hat den geplanten Entwurf einer revidierten Parkplatzverordnung (PPV) und diesbezügliche Anpassungen im Bau- und Planungsgesetz (BPG) in ihrer Vernehmlassungsantwort scharf kritisiert. Als Ziele werden eine effizientere Nutzung von privaten Parkplätzen und eine Reduktion des Parksuchverkehrs angegeben. Erreicht wird aber eher das Gegenteil, nämlich eine weitere Verschärfung der heute schon schweizweit einmalig restriktiven Parkplatzpolitik – und dies, obwohl Wirtschaft und Bevölkerung unter starkem Parkplatzmangel leiden.

von Grossrat André Auderset

Die Parkplatzverordnung (PPV) regelt die Erstellung von Parkplätzen auf Privatareal. Sie ist nach Ansicht des Regierungsrates in einigen Punkten veraltet. Es wurde deshalb ein in diversen Punkten angepasster Entwurf in die Vernehmlassung gegeben. Mit einer Revision – so das regierungsrätliche Begleitschreiben wörtlich – soll „ein Beitrag zu einer effizienteren Nutzung von privaten Parkplätzen und zu einer Reduktion des Parksuchverkehrs geleistet werden.“ Dieser Absicht wird im Entwurf aber überhaupt nicht nachgelebt.

Der Parkplatz weg - das Fahrzeug bleibt

Vielmehr werden – teilweise unter (bewusst?) irreführenden Titeln neue Einschränkungen vorgeschlagen, welche die Nutzung von bestehenden Parkplätzen erschweren, den Abbau von Parkraum weiter erleichtern und so erst recht zu zusätzlichem Suchverkehr führen werden. Einmal mehr wird in der irrigen Annahme legiferiert, dass mit der Wegnahme eines Parkplatzes auch das sonst darauf stehende Fahrzeug verschwindet.
Ein Beispiel dafür, dass im Entwurf Verbesserungen nur vorgeschoben werden, um zusätzliche Restriktionen zu erlassen, bildet eine vorgeschlagene neue Bestimmung im BPG, welche die Doppel- und Mehrfachnutzung von bestehenden Parkplätzen explizit zulassen soll – was ja auch sinnvoll erscheint. Angehängt wird aber der Nebensatz „solange dadurch kein relevanter Mehrverkehr entsteht“, was bei der Revision der Verordnung dann Anlass gibt, völlig unsinnige neue Verbote vorzusehen. So etwa, dass ein für eine Firma bewilligter Parkplatz nicht von Kunden benutzt werden darf. Die LDP hält es für sinnvoll, wenn bestehende Parkplätze möglichst effektiv genutzt werden. So sollen Firmenparkplätze – etwa nachts oder am Wochenende – auch von Anwohnern oder öffentlich genutzt werden können. Dies schafft eine echte Reduktion des Suchverkehrs und damit auch eine Verbesserung der Luftqualität!

Hohe Verdichtung = mehr Parkraum-Bedarf

Nicht nachzuvollziehen ist weiter, dass in hochverdichteten Gebieten die Anzahl zulässiger Parkplätze pro Wohnung bzw. Arbeitsplatz reduziert werden soll, um „eine Überlastung der Strassenkapazitäten zu verhindern“. In hochverdichteten Gebieten sind logischerweise mehr, also zusätzliche Parkplätze notwendig.
Eine Reduktion der Anzahl der Parkplätze, wie dies mit der Gesetzesänderung angestrebt wird, ist sinnwidrig. Ebenso ist es absolut paradox, die durch den ÖV-Ausbau erzielte Verbesserung der Erreichbarkeit des Standortes durch eine Reduktion von Parkiermöglichkeiten wieder zunichte zu machen. Zudem trägt eine Reduktion der Anzahl Abstellplätze kaum zur Linderung der lokalen Belastungssituation bei, sondern verschlechtert diese für die Anwohnerschaft, „da zum Parkplatzmangel auch noch der dadurch ausgelöste Parksuchverkehr hinzukommt“, wie der Regierungsrat in seinen Erläuterungen richtig bemerkt (aber nicht danach handelt).

Kein Zwang für private Ladestationen

Neu verankert werden soll auch eine Erstellungspflicht für Ladestationen für Elektrofahrzeuge, was die LDP als unzumutbare Belastung von privaten Liegenschaftseigentümern ablehnt. Die LDP erinnert an den bundesrätlichen Masterplan für eine sinnvolle Entwicklung der Elektromobilität. Dieser hält explizit fest, dass „das Prinzip der technologieneutralen Effizienzförderung“ nicht verletzt werden dürfe. Aus dieser Perspektive, aber auch aufgrund gemachter negativer Erfahrungen mit staatlichen Vorgaben (Fehleinschätzung Entwicklung Biogas-Busse oder zurückgezogene Verpflichtung der Installation von Zählern für die individuelle Heizkostenabrechnung) ist eine Erstellungspflicht für Private abzulehnen. Zudem wäre es – wie zu Recht im Erläuterungsschreiben zur Vernehmlassung festgehalten – unverhältnismässig, Ladestationen zwingend vorzuschreiben, weil „das Risiko zu gross ist, dass solche Ladestationen noch längere Zeit nicht benutzt würden.“ Anzumerken ist, dass gerade jüngere Studien die Klima-Bilanz von Elektrofahrzeugen resp. deren Batterien als äusserst fragwürdig einschätzen.

Vermeintlicher Bestandesschutz

Ein geradezu exemplarisches Beispiel, wie im Revisionsentwurf unter dem Deckmantel einer Verbesserung der Parkiersituation eine Verschlech-

Private sollen nicht gezwungen werden, Ladestationen für Elektroautos zu erstellen.

terung angestrebt wird, ist die neue Formulierung des Bestandesschutzes ober- und unterirdischer Parkplätze. Im Bereich „unterirdisch“ wird in den Erläuterungen für einmal Klartext gesprochen: „Der Abriss einer Tiefgarage und ein Ersatzneubau – wie er gemäss heutiger Formulierung möglich wäre – entspricht nicht dem Zweck des Bestandesschutzes.“ Was bitte wird denn sonst unter „Bestandesschutz“ verstanden?

Im oberirdischen Bereich ist die Verschärfung subtiler: Der Regierungsrat will vermeiden, dass – wie es heute kaum vorkommt – auf einen Neubau verzichtet wird, weil dabei nur noch eine geringere Anzahl Parkplätze bewilligungsfähig wäre. Die Erleichterung ist aber äusserst restriktiv daran geknpüft, dass „die Allgemeinheit einen Nutzen hat“. Und dieser „Nutzen“ wird natürlich äusserst eng und abschliessend definiert.

Da der Suchverkehr mit weiteren Restriktionen verstärkt wird, kann der Entwurf Absicht nicht erfüllen: einen Beitrag zur Erhöhung der Luftqualität zu leisten. Dies ist allerdings auch kein dringendes Anliegen, hat sich diese doch in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert, sodass nur gerade noch an zwei Messstellen in der Region Grenzwertüberschreitungen vorkommen. Aufgrund der weiterschreitenden technischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass auch diese schon in nächster Zukunft Vergangenheit sein werden.

Aufgrund dieser erfreulichen Entwicklung ist eine weitere Verschärfung der heute schon schweizweit einmalig restriktiven Parkplatzpolitik unnötig und kontraproduktiv.

Alles in allem kann die Antwort auf diesen Vernehmlassungsentwurf nur sein: Zurück an den Absender.

Stadtbelebung durch vernünftige Parkgebühren:
Die Parkgebühren in Basel sind zu hoch!

Es gibt viele Gründe, weshalb der Detailhandel und das Gastgewerbe in Basel einen schweren Stand haben – darunter auch solche, die auf lokaler Ebene nicht beeinflusst werden können. Gerade deshalb sollte der Kanton dort, wo er Möglichkeiten hat, für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Zum Beispiel bei den Parkgebühren, doch leider passiert hier genau das Gegenteil! Deshalb wurde nun eine Volksinitiative „Stadtbelebung durch vernünftige Parkgebühren“ lanciert.

von Maurus Ebneter, Vorstandsdelegierter Wirteverband Basel-Stadt

Vielen Leuten ist zu wenig klar, dass Basel als Einkaufs-, Ausgeh- und Ausflugsdestination in direkter Konkurrenz zu zahlreichen attraktiven Standorten im Umkreis von 15 bis 45 Fahrminuten steht. Die hohen Kosten hierzulande und der immer noch starke Franken sind in diesem Umfeld ein massiver Wettbewerbsnachteil gegenüber Städten im Badischen und im Elsass. Es sind auch vermeintliche Details, die das Bild der Hochpreisinsel prägen und festigen. So ist das Parkieren bei uns extrem viel teurer.

Bei den Nachbarn nachts gratis

Wer sein Auto am Rand der Basler Innenstadt abstellt, bezahlt sogar abends, nachts und am Sonntag drei Franken pro Stunde. In Zürich ist das Parkieren in der weissen Zone zwischen 21 Uhr abends bis 8 Uhr morgens und am Sonntag bis auf wenige Ausnahmen gratis. In Mulhouse oder Lörrach ist das Parkieren während grosszügig definierter Randzeiten ebenfalls kostenlos. Und selbst in Freiburg im Breisgau, das für seine rigide Verkehrspolitik bekannt ist, kann man für maximal vier Euro die ganze Nacht in Innenstadtnähe parkieren.

Gebühren am Tag nicht konkurrenzfähig

Auch tagsüber sind unsere Parkgebühren zu hoch, sowohl bei den oberirdischen Parkplätzen als auch in den Parkhäusern. In den Fachmärkten und Einkaufszentren von Weil am Rhein oder Saint-Louis, Oberwil oder Pratteln gibt es tonnenweise Gratisparkplätze. Unsere Stadt steht in direkter Konkurrenz mit diesen Shopping-Destinationen. Deshalb müssen sich unsere Parkgebühren ein Stück weit daran orientieren. Die Gäste tun dies nämlich auch.

Attraktivitätssteigerung nötig

Basel lebt nun einmal nicht aus sich selbst heraus! Wir müssen für Besucher aus der Umgebung und von weiter her attraktiver werden. Dazu braucht es eine Kultur der Gastfreundschaft, zu welcher überrissene Parkgebühren in massivem Widerspruch stehen.

Im Grossen Rat gab es Vorstösse, die wenigstens das Parkieren in der Nacht und am Sonntag vergünstigen wollten, doch sie versandeten – obwohl Basel sich in einsamen Sphären bewegt und drei Franken pro Stunde für Parkplätze verlangt, die anderswo schlicht gratis sind!

Zahlreiche Inhaber von Innenstadt-Geschäften haben genug davon, dass ihre Kunden abgezockt werden. Mit der Volksinitiative «Stadtbelebung durch vernünftige Parkgebühren» verlangen sie, dass sich die Parktarife in Basel an denjenigen der Konkurrenzdestinationen orientieren.

Klar, der Kanton würde bei einer Umsetzung der Initiative Mindereinnahmen verzeichnen. Dies muss man vor dem Hintergrund sehen, dass die jetzigen

Tote Stadt – etwa am Birsigparkplatz am Sonntag: Ein Extremtarif von 3 Franken pro Stunde hält Automobilisten davon ab, nach Basel zu kommen.

Mehr zur Initiative und zum Heruntrladen von Unterschriftenbögen:
www.stadtbelebung-ja.ch

Einnahmen aus Parkgebühren ungerechtfertigt hoch sind. Automobilisten bringen der Stadt nachweislich viel Umsatz und Wertschöpfung. Wenn Konsumenten Basel wegen der hohen Parktarife meiden, ist der volkswirtschaftliche Schaden enorm.
Eine vernünftige Tarifpolitik wird helfen, Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern. Weil es mit attraktiveren Parkgebühren gelingen wird, mehr Besucher in die Stadt zu locken und sie länger hier zu halten, wird der Kanton bei einer gesamtheitlichen Betrachtung besser fahren. Denn mehr Wertschöpfung in der Stadt führt zu höheren Steuereinnahmen.
Bei einer Annahme der Initiative werden die Parkgebühren auf ein vernünftiges Mass sinken. Alles was wir wollen, ist eine Lösung mit gesundem Menschenverstand. Schade, dass es dazu in Basel überhaupt eine Initiative braucht. Unterzeichnen Sie sie jetzt!

Edi Frei wurde 100:* Der liberale Arrangeur

Edi Frei, der Mitte August seinen 100. Geburtstag feierte, hat für die LDP Geschichte geschrieben: Er verantwortete Ende der fünfziger Jahre die Fusion aus LDP und der Bürger- und Gewerbepartei. Er sass fast ein Vierteljahrhundert im Grossen Rat und hat dazu einen einsamen Rekord aufgestellt: Er amtierte nicht weniger als 34 Jahre als Direktor des Basler Gewerbeverbands, also nahezu während seines ganzen Berufslebens.

** Leicht gekürzter Artikel aus der Basler Zeitung vom 12. August 2017. Wir danken dem Autor Markus Vogt.*

Im Jahr 1950 trat Edi Frei in der Münzgasse seinen Job an, und als er am 31. August 1984 den Stab an seinen Nachfolger Christoph Eymann weiterreichte, nun längst an der Elisabethenstrasse, dem heutigen Standort des Verbands, war die Geschäftsstelle auf rund dreissig Personen angewachsen. Die Bedeutung des Gewerbeverbandes hat in dieser Zeit laufend zugenommen, er war zu einer ernstzunehmenden Organisation mit politischem Gewicht geworden. Dafür sorgte sein Direktor, wann immer es eine Gelegenheit gab.

Bester Gewerbedirektor der Schweiz

Als er in Pension ging, galt er als der beste Gewerbedirektor in der Schweiz. Ihm gelang es, seine heterogene Klientel – dem Gewerbeverband gehören heute rund 80 Berufsverbände an – zusammenzuhalten, wenn es sein musste, auch mal mit klaren Worten an den Versammlungen. Er absolvierte das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium (MNG), studierte Nationalökonomie und wurde Doktor der Staatswissenschaften. Seine Dissertation verfasste er über «Die Gesamtarbeitsverträge im schweizerischen Baugewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Kantons Basel-Stadt». Ein Thema, das ihn während seiner ganzen Zeit beim Gewerbeverband nie mehr losliess. Zu seinen Professoren gehörte der legendäre Edgar Salin; dessen soziale Ader hat auf ihn abgefärbt.

Ohne Berührungsängste

Als Gewerbedirektor kannte Frei keine Berührungsängste. Er war gut befreundet mit dem seinerzeitigen SP-Regierungsrat Edmund «Mundi» Wyss (SP), dem Vorsteher des Basler

Wirtschafts- und Sozialdepartements. Die beiden hatten manche berufliche Schnittstelle. Edi Freis «Partner» bei den Gewerkschaften war Kurt Walter, ein Sozialdemokrat, mit dem er sich gut verstand.
Die beiden trieben die Sozialpartnerschaft im Kanton Basel-Stadt voran, ihnen gelang es auch in harten Zeiten, Gesamtarbeitsverträge auf die Schiene zu bringen. Solche Aktivitäten trugen ihm den Namen «Der Arrangeur» ein – tatsächlich machte er mit seiner offenen Art manches möglich, oft auch hinter den Kulissen.

Antreiber der Fusion

Der Gewerbedirektor war auch politisch tätig, sein Wirken beim Verband und in der Politik war stets eng verknüpft. Als Vertreter der damaligen Basler Bürger- und Gewerbepartei zog er erstmals 1956 ins Basler Kantonsparlament ein. Sie waren nur zu fünft (von 130) und hatten nicht allzu viel Gewicht. Edi Frei sah sich also nach Verbündeten um und fand diese bei den Liberalen. Zuerst hatte er sich an die Radikalen gewandt, wie die Freisinnigen damals noch hiessen, aber von Regierungsrat Alfred Schaller eine schnöde Absage erhalten. Die Fusion mit den Liberalen klappte jedoch, die neue Fraktion zählte 19 Mitglieder und agierte erfolgreich.

Gewerbler im Parlament

Edi Frei, der während 24 Jahren im Grossen Rat sass, amtierte zwei Jahre als Fraktionspräsident der Bürger- und Gewerbepartei und vier Jahre für die Liberal-Demokratische Bürgerpartei; das Wort «Bürger» wurde später aus dem Parteinamen gestrichen. Er fungierte dann auch über 20 Jahre als Vizepräsident der LDP. Die Fusion der beiden Parteien bewährte sich – der Arrangeur hatte auch da ganze Arbeit geleistet. Frei motivierte die Gewerbler, in die Politik zu gehen, und sorgte so dafür, dass fortan immer Gewerbevertreter im Kantonsparlament sassen. Im Grossen Rat gehörte er Kommissionen wie der Finanzkommission sowie der Verkehrs- und Planungskommission an.

Submissionswesen im Auge

Ein grosses Thema für ihn war das Submissionswesen im Kanton Basel-Stadt (im Zentrum stand damals das Mittelpreis-Verfahren), das er mit grosser Energie weiterzuentwickeln trachtete. Weitere Projekte waren die Basler Rabattmarke, die Ausgleichskassen für das Gewerbe, der Arbeitsrappen (und das Buch darüber), die Lancierung der Grün 80 (der Gewerbeverband setzte sich tatkräftig für die Durchführung der Landesgartenschau ein), die Altersvorsorge für das Baugewerbe und vieles mehr. So war er auch der «Erfinder» des Neujahrsapéros beim Gewerbeverband.

Auf zehn Klavieren

Er war in verschiedensten Bereichen engagiert und eingebunden, was dazu führte, dass die Basler Zeitung einmal schrieb, Edi Frei könne auf zehn Klavieren gleichzeitig spielen. Als Gewerbedirektor übernahm er auch die Direktion des Basler Hotelier-Verbands, was diesem zusätzliches Gewicht verlieh. Trotz der enormen Beanspruchung durch sein Amt fand er noch Zeit für weitere Tätigkeiten. So amtete er einige Jahre ehrenamtlich als Präsident des WW Region Basel (WWF) und dem «Verein Ferienheim Morgenholz» stand er zwölf Jahre als Präsident vor. In der Armee war er Oberleutnant.

Liberale am Dorffest

Unter dem Motto „Gut bedient - auch in der Politik“ sorgte die LDP Riehen/Bettingen mit einer Bar am Dorffest Riehen für gute und natürlich liberale Stimmung. Priska Moser, frisch erholt von den Kanaren zurück, und Andreas Hupfer mixten die besten Aperol Spritz nördlich von Basel.

LDP Riehen/Bettingen:
Daniel Hettich: Der Kandidat

Da mich einige nur vom Namen her kennen, nutze ich gerne die Möglichkeit mich an dieser Stelle im ‚Liberal‘ vorzustellen und meine Beweggründe zur Kandidatur in den Gemeinderat zu erläutern.

von Daniel Hettich

Am 5. Juli 1960 erblickte ich das Licht der Welt in Riehen, dem grossen grünen Dorf. Hier durfte ich die Schulzeit absolvieren und auch meine Jugend verbringen. Heute bin ich mit meiner Frau Claudia verheiratet und Vater von zwei Söhnen (17 und 22 Jahre). Beruflich trat ich in die Fussstapfen meines Vaters und erlernte in Riehen das Schreinerhandwerk. Nach einigen Jahren Berufserfahrung in diversen Arbeitsgebieten einer grösseren Schreinerei, beschloss ich, mein Fachwissen zu vertiefen und machte die Prüfung zum Eidg. Dipl. Schreinermeister.
Vor 18 Jahren entschied ich mich für die Selbständigkeit und hatte das Glück in Riehen eine bestehende Schreinerei übernehmen zu können. Mittlerweile beschäftigt unser Betrieb 16 Mitarbeiter, davon vier Lehrlinge. Als Chef eines KMU ist mir die Ausbildung des Berufsnachwuchses sehr wichtig. Ich absolvierte diverse Weiterbildungen und engagiere mich heute als Chefexperte des Gewerbeverbandes für den Schreinerberuf.
In meiner Freizeit treibe ich gerne Sport, am liebsten in der freien Natur. Begonnen habe ich beim TVR in der Leichtathletik, bin dann über Basketball wieder beim TVR gelandet, wo ich in der Laufgruppe aktiv mithelfe. Die Lauferfahrung von diversen Volksläufen bis zum Marathon, hilft mir das Laufen zu vermitteln und dieses mit Spass in den Verein einzubringen. Als aktiver Wintersportler freue ich mich natürlich schon wieder auf den ersten Schnee. Einen guten Ausgleich finde ich, versteckt in meiner Garage, bei der Restauration von älteren Motorrädern, die ich natürlich auch gerne ausfahre.
Meine politische Karriere habe ich spät begonnen. Neben meiner beruflichen Verantwortung und meinen familiären Pflichten als Vater blieb nicht viel Zeit übrig. Nun sind meine beiden Söhne in einem Alter, wo ich zu Hause, wenn nötig, einige Abende in der Woche fehlen kann. Ein Engagement an vielen Orten ist ja bekanntlich immer die Kunst des Einteilens.
Erst kurz vor den Einwohnerratswahlen im 2014 trat ich der LDP bei und durfte dann nach der unerwartet erfolgreichen Wahl unsere Partei im Einwohnerrat vertreten. Im Moment leite ich die Fraktion von Riehen als Fraktionspräsident. Diese Aufgabe macht mir Spass, da es in verschiedenen Diskussionen und Gesprächen gilt, eine gemeinsame Haltung zu finden, welche wir als gemeinsame liberale Meinung im Rat einbringen können. Es ist für mich immer spannend in der Fraktion, wie bei den jeweiligen Themen die

verschiedenen Blickwinkel und der Austausch von Argumenten am Schluss zu einer gemeinsamen Meinung führen.
Im letzten Jahr hatte ich sogar das Glück, in den Grossen Rat gewählt zu werden, was meine Sicht auf die Riehener Politik unterstützt.
Es werden auf der Kantonsebene Themen behandelt, welche für Riehen, wie man aktuell sieht, nicht unwichtig sind. Ebenso ist es mir im Grossen Rat ein grosses Anliegen, das Gewerbe zu vertreten, welches dort leider sehr schwach repräsentiert ist. Die Folge davon ist, dass die Leitplanken und Richtlinien, die das Gewerbe betreffen, ohne unser Zutun gemacht werden
Im weiteren habe ich auch das Amt des Präsidenten des Handels- und Gewerbevereins Riehen inne, welches ich weiterhin halten möchte und mich so für das Riehener Gewerbe einsetzen will.
Zurück zu Riehen: Am Anfang des letzten Jahres wurde in der Fraktion das Thema Gemeinderat aktuell. Ich bekam die Chance, mich an Stelle von Christoph Bürgenmeier für dieses Amt zur Verfügung zu stellen. Eine solche Möglichkeit haben nicht viele, und nach Rücksprache mit der Familie entschied ich mich zur Kandidatur.
Dies ist natürlich eine andere politische Tätigkeit, die aber aus meiner Sicht ebenso spannend ist.
Die Möglichkeit direkt in der Verwaltung unsere liberalen Ansichten und Haltungen einzubringen, ist sicherlich eine spezielle Herausforderung. Auf die Frage, in welchen Geschäftsbereich ich mich am meisten sehen würde, möchte ich mich noch nicht festlegen.

Jungliberale:
Zusammenarbeit der JFBS und JLB

Wir blicken auf ein historisches halbes Jahr zurück. Die Jungfreisinnigen Schweiz stimmten am Kongress in Lausanne einstimmig dafür, dass Basel-Stadt zwei gleichberechtigte Sektionen als Mitglied der Jungfreisinnigen Schweiz haben darf. An der gut besuchten Generalversammlung von vergangenem April wurde eine entsprechende Statutenänderung betreffend der Mitgliedschaft der Jungfreisinnigen Schweiz einstimmig genehmigt. Der Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Andri Silberschmidt, welcher an unserer GV (Bild links) anwesend war hält fest: „Es freut uns ausserordentlich, mit den Jungliberalen eine historisch verankerte und sehr aktive Sektion von jungen, liberalen Politikern bei uns willkommen zu heissen. Unsere breite Basis von 3500 Mitgliedern wird dadurch nachhaltig gestärkt.“ Vergangenes Wochenende fand auch schon unser erstes gemeinsames und gesellschaftliches Event, das Grill&Chill, statt (Bild rechts). *Text: Martina Oetiker, Vorstand Jungliberale Basel-Stadt*

Liberaler Anlass: Besuch im Kinderspital

Bekanntlich kann die LDP nicht nur auf politischem Parkett glänzen – wir feiern auch gerne und pflegen das soziale Leben. Diesen Herbst folgt ein weiterer Anlass, bei dem die Mitglieder sich informieren können, aber gleichzeitig auch Raum für gegenseitiges Kennenlernen, interessante Gespräche und einfach ein fröhliches Miteinander ist.
Dieses Mal treffen wir uns zur geführten Besichtigung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) an der Spitalstrasse 33:

Mittwoch 27. September 2017, 18.00 Uhr, Aula UKBB im 2. Stock
(Der Weg ist ausgeschildert)

Das Programm sieht die Begrüssung und Einleitung durch Marco Fischer, CEO UKBB, sowie die Vorstellung der Stiftung UKBB vor. Dazu kommen Informationen zum Bau UKBB von unserem Grossrat und Leiter der Abteilung Pädiatrische Gastroenterologie und Ernährung am UKBB, Dr. Raoul Furlano, und Philipp Stoll. Leiter Technische Querschnittfunktionen/Facility Management. Furlano und Stoll führen dann in mindestens zwei Gruppen durch das UKBB.
Damit das Gesellschaftliche nicht zu kurz kommt, folgt im Anschluss – ab 19.15 bis max. 20.00 Uhr – ein Steh-Apéro.
Anmeldungen nimmt der Organisator selbst entgegen:
raoul.furlano@ukbb.ch.
Die Platzzahl ist beschränkt, es gilt der Grundsatz „first come, first served".

Denken Sie auch liberal?

O Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
O Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.

PP
4010 Basel

Liberal
Forum für liberale Politik in der Region Basel

September 2017

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnenemt CHF 18.00

Auflage
rund 1'300 Exemplare
erscheint 4-6 Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln